

Protokoll der Ko-Kreis-Sitzung vom 9.10.03

Anwesend: Sabine Leidig, Sven Giegold, Oliver Moldenhauer, Kurt Haymann, Lars Niggemeyer, Astrid Schaffert, Hugo Braun, Claudia Meyer, Peter Wahl, Werner Rätz, Philipp Hersel (Protokoll), Klaus-Rainer Rupp (bei Finanzen)

Entschuldigt: Astrid Kraus, Pedro Morazan, Willi Lübkes, Oliver Pye, Ilona Plattner, Richard Schmidt, Heike Hänsel

TOP Protokoll

Das Protokoll der letzten Sitzung wird in der vorliegenden Fassung angenommen.

Die Gruppeninfos werden auf Anfrage von Stephan Lindner in Zukunft ins Netz gestellt (nicht unter Protokolle).

TOP Demo 1.11. (nur Teilbericht von Sven Giegold)

Es gab sehr kontroverse Diskussionen in der AG Soziale Agenda, die für den Ko-Kreis die Mitwirkung in der Demovorbereitung wahrnimmt. Die politische Kultur des bisherigen Demo-Bündnisses ist für Attac schwer verdaulich, weil einerseits die bisher angestrebte politische Breite des Bündnisses nicht erreicht werden konnte und andererseits mit Mehrheitsprinzip gearbeitet wird, was bei einzelnen, sich stark einbringenden Organisationen dazu führt, dass sie die Beschlüsse entgegen dem angestrebten pluralen Charakter stark beeinflussen.

TOP Ratschlag

Anmeldungsstand: ca. 150 Leute, regional recht ausgewogen, vorzugsweise eher aus kleineren Gruppen, relativ wenig Reaktionen aus den Mitgliederorganisationen (bisher erst 14 Anmeldungen). Es erfolgt noch mal eine Erinnerung zum Ratschlag an die MGO.

Anträge:

Kurt Haymann referiert den Stand der Anträge. Es gibt mehrer Anträge, die die Strategiedebatte, die Haushaltsdiskussion oder die Diskussion um den Delegiertenschlüssel betreffen und an den jeweiligen Stellen in den Ratschlagsablauf eingebracht werden. Die anderen Anträge werden am Sonntag Vormittag behandelt. Die Anträge sollen, mit Rede und Gegenrede flankiert, eingebracht und dann ein Meinungsbild eingeholt werden. Ergibt das Meinungsbild, dass eine große Distanz zu einem Konsens bzw. zu einer Mehrheit (bei Mehrheitsentscheidungen) besteht, dann soll die Diskussion in eine Konsens-AG delegiert werden. Zeichnen sich Chancen für einen Konsens bzw. für eine Mehrheit ab, dann soll die Diskussion des jeweiligen Antrags fortgesetzt werden.

Delegiertenschlüssel:

Es gibt unterschiedliche Auffassungen, ob der Delegiertenschlüssel am Freitag Abend oder Samstag Vormittag besprochen werden soll. Da das Thema einigen Sprengstoff enthält, soll die Frage am Freitag Abend, klar auf eine halbe Stunde begrenzt, im Plenum andiskutiert werden. Zeichnet sich dort kein Kompromiss ab, so wird die Frage in eine Konsens-AG verlagert zur Wiedervorlage am Samstag vor der Mittagpause.

Ablauf:

Claire Joy hat für Sonntag Mittag abgesagt, die Ratschlag-Vorbereitungs-AG sucht noch nach einem Ersatz. Wenn das nicht erfolgreich ist, soll dieser Abschlussimpuls über jemanden aus dem Ko-Kreis erfolgen. Der an den Ko-Kreis herangetragene Vorschlag, am Freitag Nachmittag kurzfristig noch Uri Avneri gegen ein Honorar einzuladen, wird als nicht mit dem

Ratschlagsprogramm vereinbar verworfen.

Antisemitismus-Debatte:

Am Freitag abend soll es ein Treffen der Hauptkontrahenten in der bisherigen Auseinandersetzung um Antisemitismusvorwürfe gegen Attac geben. Bisher ist die Diskussion um Antisemitismusvorwürfe häufig mit dem Israel-Palästina-Konflikt verquickt gewesen. Es scheint daher wünschenswert, die beiden Kontroversen so weit als möglich auseinanderzuhalten. Es wurde kontrovers diskutiert, wieweit die für Samstagabend geplante öffentliche Podiumsdiskussion mit Thomas Seibert und Felicia Langer sich wirklich nur auf das Thema Nah-Ost konzentrieren kann und wird. Werner Rätz äußert Bedenken, dass dabei die von Felicia Langer mitinitiierte Unterschriftenaktion zum Israel Boykott-Aufruf gleichzeitig in der Antisemitismusdebatte dazu verwandt werden kann, diese als a priori nicht an antisemitische Denkmuster anschlussfähig darzustellen, da sie schließlich mit Felicia Langer von einer Jüdin mit ausgeht. Werner Rätz und Philipp Hersel versuchen, bis zum Ratschlag dieses Problem z.B. durch die Hinzuziehung eines palästinensischen Vertreters noch zu lösen.

TOP Finanzen:

Spendensammelaktion:

Die Aktion ist bisher etwas schleppend angelaufen. Es wurden aber schon eine ganze Menge an Anläufen unternommen und Gespräche geführt. Neben der Liste von Wissenschaftlern, von denen erst relativ wenige angesprochen wurden, wurden Fühler in Richtung Musikgruppen, Linux-Firmen, Künstlern (z.B. Kunstspenden zur Versteigerung) u.a. ausgestreckt. Vom Büro aus wurden Gewerkschaftsgliederungen von IGM, Ver.di, DGB und GEW angeschrieben. Es gibt Zusagen für einige Unterstützung von der Bundesebene GEW, Ver.di und DGB-Jugend. IGM ist noch offen.

Finanzsituation 30.9.

Klaus-Rainer Rupp und Sabine Leidig stellen den schriftlich vorliegenden Finanzbericht vom 7.10. vor. Der Ko-Kreis dankt Klaus-Rainer Rupp für die in Nacharbeit kurzfristig erarbeitete Zahlengrundlage. Fazit der neuen Zahlen: Auf Grundlage aktualisierter Zahlen ist zu erwarten, dass wir in 2003 statt 52.777 nur 30.864 Defizit machen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass zwischen den 52.777 und den ursprünglich im zweiten NT-HH 2003 verabschiedeten Zahlen (59.000) eine Differenz klafft, die nicht spontan geklärt werden kann. Sabine Leidig und Klaus-Rainer Rupp plädieren auf Grundlage der neuen Zahlen für einen neuen Haushaltsentwurf (Version III). Da die neue Zahlengrundlage auch der Finanz-AG erst am Tag zuvor vorgelegt werden konnte, kann sich die Finanz-AG und der Ko-Kreis kein abschließendes Bild über die Interpretation der neuen Zahlen machen. Beratungsgrundlage bleiben daher zunächst die bei der letzten Sitzung vorgelegten Varianten I und II. Nach intensiven, kontroversen Beratungen in Abwesenheit von Astrid Schaffert, Klaus-Rainer Rupp und Sabine Leidig einigt sich der Ko-Kreis darauf, auf Grundlage des folgenden Kürzungsvorschlag (angelehnt an Variante II) durch Verhandlungen mit dem Büro bis zum Ratschlag eine Einigung zu erzielen, die dann als Haushaltsentwurf dem Ratschlag vorgelegt werden kann.

“Der Koordinierungskreis befürwortet eine proportionale (auf das noch zu bestimmende Einsparvolumen) Kürzung in der Variante II des Haushalts: 10% (des noch zu bestimmenden Kürzungsvolumens) beim Rundbrief, 30% bei den Gruppen, 30% Sachkosten politische Schwerpunkte und Kampagnen, 30% Personal (einschließlich Fahrtkosten PraktikantInnen). Nach erster Einschätzung der vorgelegten Zahlen schätzen wir den Kürzungsbedarf auf derzeit eher 100.000 Euro als 120.000, wie noch in der ursprünglichen Variante II vorgesehen.

Um Kündigungen bei der derzeit unsicheren Haushaltslage zu vermeiden, sucht der KoKreis bis zum Ratschlag eine Einigung mit dem Büro, wie durch zeitweiligen freiwilligen Gehaltsverzicht der Beschäftigten ein entsprechender Umfang an Einsparungen im Personalbereich erreicht werden kann. Der KoKreis befürwortet, dass der Gehaltsverzicht bei Vollzeitbeschäftigten in höheren Gehaltsgruppen relativ höher ausfallen soll.

Läßt sich das Büro auf eine solche Einigung ein, so würde diese ab dem 1.1.04 greifen. Den konkreten finanziellen Einsparungsbedarf wird der neue Ko-Kreis bis zum 15.12.03 genau feststellen.

Die nach dem 1.1.04 eingehenden frei verfügbaren Einnahmen überhalb des Haushaltsplans gehen solange zu 100% in die Wiederanhebung der Gehälter, bis die ursprünglich geplanten Gehälter nach Stellenplan 04 wieder erreicht werden.

Über die Wiederableichung wird nach einer finanziellen Bestandsaufnahme jeweils am 15. nach jedem Quartalsende entschieden.”

Dieser Vorschlag ist ein mühsamer Kompromiss im Ko-Kreis, wo sowohl starke Gegner jeglicher Personaleinsparungen als auch solche Stimmen vertreten waren, die eine weitere Kürzung der Sachmittel für politische Schwerpunkte und Kampagnen für kaum tragbar halten. Aus diesen Gründen werden vom Ko-Kreis (Änderungs-)Kündigungen einerseits abgelehnt, aber gerade dann eine Chance für die Durchsetzung des oben genannten Vorschlags auf dem Ratschlag gesehen, wenn das Büro von sich aus freiwillig Konzessionen anbietet.

Kommt es zu keiner Einigung mit dem Büro oder sollte der Ratschlag dem Vorschlag des Ko-Kreises nicht folgen, besteht große Gefahr, dass auf dem Ratschlag spontan aus dem Plenum noch deutlich weniger einvernehmlich lösbare Kürzungsvorschläge kommen und auch angenommen werden. Dementsprechend müssten je nach Umfang der getroffenen Kürzungsentscheidungen Kündigungen oder Änderungskündigungen seitens des neuen Ko-Kreises ausgesprochen werden.

Nachdem dieser Diskussionsstand im Ko-Kreis intern erreicht wurde, wurde er Sabine Leidig und Klaus-Rainer Rupp vorgetragen. Diese finden den Vorschlag untragbar, da weder die sich abzeichnenden neuen finanziellen Spielräume genutzt, noch die Kürzungslasten angemessen zwischen Personalbereich, Sachmitteln für politische Kampagnen und dem Gruppenanteil verteilt seien.

Weiteres Verfahren: Die Finanz-AG soll bis zu einer zusätzlichen Sitzung des Ko-Kreises am 17.10. um 10 Uhr in Aachen die neuen Zahlengrundlagen mit dem Büro durchgehen und prüfen. Spätestens am 17.10. sollen dann in Anwesenheit von Jule Axmann als Betriebsratsvorsitzende eine Schätzung des derzeit zu erwartenden Einsparungsbedarfs im Bereich Personalmittel vorliegen (“Wieviel Einsparungsbedarf besteht in einer modifizierten Variante II des Haushaltsentwurfs und wie viel davon sind 30% im Bereich Personal?”). Dazu sollen sich am 17.10. in Aachen Sabine Leidig und Jule Axmann im Namen des Büros äußern, ob das Büro zu einem freiwilligen Gehaltsverzicht im entsprechenden Umfange im Sinne des oben genannten Vorschlags bereit ist.